

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Sprenthaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Regelgebühren: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bez. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 6.— Mk. von auswärts 8.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Sprenthaus 6. — Telefon 720.

Nr. 20 Dienstag, den 25. Januar 1921 12. Jahrgang

Die französischen Wiedergutmachungswünsche.

Die Erklärung der neuen Regierung Briand erregt durch die Bescheidenheit ihrer Stillhaltung und die Gemandtheit ihrer Wendungen, die jedem etwas zu geben scheinen, die aufrichtige Bewunderung aller, die Sachleute auf diesem Gebiete sind. Die größere Menge haben und drüben interessiert sich aber weniger für elegant frisierte Erklärungen als für die Frage, was Deutschland in den nächsten Jahren an Frankreich zu bezahlen haben wird.

Mit zunehmender Bestimmtheit wird als Jahresbetrag, den man von Deutschland in den nächsten fünf Jahren einfordern wird, die Summe von 3 Milliarden Mark genannt. Mit der Festlegung dieser Ratenraten soll eine Verschlebung des Zeitpunktes verbunden werden, zu dem der deutschen Regierung die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen mitgeteilt werden wird. Eine solche Hinausschiebung ist nicht möglich, ohne die Zustimmung Deutschlands, da Deutschland das vertragsmäßige Recht hat, die Gesamtsumme seiner Verpflichtungen bis zum 1. Mai dieses Jahres zu erfahren. Deutschland hat also bei diesem Handel immerhin aus eigener Entschlußfreiheit noch etwas zu vergeben, nämlich die Zustimmung dazu, daß die Mitteilung der Gesamtsumme der Verpflichtungen über den 1. Mai hinaus verschoben wird. Man darf aber den diplomatischen Vorteil dieser Situation keineswegs überschätzen.

Deutschland kann sich allerdings auf den Standpunkt stellen: Wenn man mir 3 Milliarden jährlich für die ersten fünf Jahre auferlegen will, so bestehe ich auf meinem Recht, die Gesamtsumme bis zum 1. Mai kennen zu lernen. Für die Alliierten wäre das gewiß eine Verlegenheit. Sie haben es aber ziemlich leicht, diese Verlegenheit zu überwinden, indem sie zunächst irgendeinen ganz willkürlich gewählten phantastisch hohen Betrag als Gesamtsumme angeben und dann Deutschland die Verpflichtung auferlegen, davon zunächst in den nächsten fünf Jahren insgesamt 15 Millionen Goldmark abzuzahlen.

Die Alliierten hätten es dann immer noch in der Hand, später die Gesamtsumme herabzusetzen. Allerdings wäre das ohne die Zustimmung der an der Wiedergutmachung aktiv beteiligten Mächte, also vornehmlich Frankreichs, nicht möglich. Eine solche Herabsetzung würde natürlich in Frankreich bei den weniger einsichtsvollen Teilen der Bevölkerung, und das ist bis jetzt leider die übergroße Mehrheit, sehr unpopulär sein und nur gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen sein. Auf der anderen Seite wäre die Zukunft Deutschlands und der ganzen Weltwirtschaft gefährdet, wenn die Entente, in der Absicht, später doch ein paar Schritte zurückzutun, Deutschland irgendeine irrsinnige hohe Summe auferlegte. Die wirtschaftliche Unsicherheit würde dadurch nur noch vermehrt werden.

Daß die Alliierten trotzdem den hier angegebenen Weg beschreiten können, ist aber nicht zu bezweifeln, und darum darf man nicht glauben, daß Deutschland durch die Vertragsklausel, die die Festlegung der Gesamtsumme zum 1. Mai dieses Jahres vorsieht, ein Druckmittel in die Hand bekommen hätte, um die von der Entente geforderten ersten fünf Jahresraten nach Belieben tief herabzurücken. Man wird sich vielmehr darauf gefaßt machen müssen, daß Deutschland in den nächsten Jahren, wenn auch vielleicht nicht ganze 3 Milliarden Goldmark, so doch jedenfalls einen ganz ungeheuer hohen Betrag in Waren und Werten an die Entente abzuführen haben wird.

Briand hat in seiner Rede ein Zukunftsbild entworfen, das auf der einen Seite ein mächtig aufblühendes Deutschland, auf der andern Seite ein ruiniertes Frankreich zeigt. Würde die Wiedergutmachung wirklich nur dazu dienen, zwischen zwei Völkern, von denen das eine mehr rot leidet als das andere, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen, dann wäre gegen sie vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus nichts einzuwenden. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge doch so, daß die Rot in Deutschland größer ist als in Frankreich, und daß nach den bisherigen Erfahrungen die deutschen Wiedergutmachungsleistungen eine sehr zweischneidige Wirkung ausüben, indem sich zwar manche Kapitalistengruppen an ihnen bereichern, die französische Wirtschaft als Ganzes aber keinen erheblichen Gewinn hat. Während Deutschland an Kohlen rot leidet, weiß Frankreich mit seinem Kohlenüberschuß nicht mehr wohin, und die Kohlenpreise in der ganzen Welt sinken unaufhaltsam. Welche Zustände entstehen werden, wenn sich die Ströme der deutschen Wiedergutmachungsleistungen erst voll über Frankreich ergießen werden, ist gar nicht abzusehen.

Trotzdem, oder vielmehr gerade deswegen, soll Deutschland den Mut nicht sinken lassen. Eine harte Probe steht vor dem deutschen Volke, aber es darf auf den Weg zu ihr die Ueberzeugung mitnehmen, daß das, was ihm zum Fluche gereicht, der andern Seite nicht zum Segen dienen wird. Und so darf

Französisch-englische Verständigung über die Wiedergutmachung

Beginn der interalliierten Ministerkonferenz.

Paris, 23. Jan. Lloyd George, Lord Curzon und die Mitglieder der englischen Delegation sind heute nachmittag hier angekommen. Ministerpräsident Briand begrüßte diese englischen Staatsmänner und hatte mit Lloyd George und Lord Curzon eine lange Unterredung. Zu gleicher Zeit ist mit der englischen Delegation auch der italienische Botschafter de Martino in Paris angekommen. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Graf Sporza wird im Laufe des heutigen Abends einwärtig.

Paris, 23. Jan. Wie „Le Temps“ mitteilt, wird morgen vormittag nach Eröffnung der Sitzung der Obersten Rats an einer Stelle die Frage der Entwertung der Einwohnerwehre behandelt. Man glaubt, daß das Reparationsproblem erst Dienstag zur Besprechung gelangen würde.

Paris, 24. Jan. Der Londoner Berichterstatter des „Times“ meldet: Die Hoffnung auf eine baldige Einigung in der so wichtigen Entschädigungsfrage sei gestiegen, da man in Frankreich eine Tendenz feststellen konnte, die sich dem englischen Standpunkt näherte, der darauf hinausgehe, eine Entspannung in Europa herbeizuführen, ohne die berechtigten Interessen der alliierten Länder zu opfern. Aus diesem Grunde habe sich auch die englische Regierung wenig geneigt gezeigt, starke Mittel anzuwenden, möge es sich nun um die Entwertung Deutschlands oder um die Reparationsfrage handeln. Der zukünftige Frieden könne nach der Ansicht der englischen Regierung besser sichergestellt werden, wenn man zur Ueberredung als zum diplomatischen Druck seine Zuflucht nehme, also nicht zu Zwangsmahnahmen wie zur Befestigung neuer Gebiete schreite. Wenn die Regierung in Berlin erkläre, sie könne die Einwohnerwehre in der vorgeschriebenen Frist nicht auflösen, und wenn dies wahr sei, sei die einzige vernünftige Lösung, ihr eine neue Frist zu bewilligen.

Paris, 24. Jan. Die interalliierte Konferenz nimmt heute vormittag im Konferenzsaal des Ministeriums des Auswärtigen ihren Anfang. Die erste Sitzung wird sich mit der Frage der Entwertung Deutschlands beschäftigen. Die alliierten militärischen Sachverständigen scheinen nunmehr über eine Lösung einig zu sein, die Deutschland kurze Frist gibt, um seine Verpflichtungen betreffend die Entwertung zu erfüllen.

Paris, 23. Jan. Wie „Havas“ mitteilt, fand heute vormittag beim Präsidenten der Republik eine Sitzung statt. In

der Konferenz ist über die Haltung des französischen Parlaments in der Reparationsfrage bei den kommenden Beratungen gesprochen worden.

Paris, 24. Jan. Wie der „Intransigeant“ über die gestern stattgehabte Unterredung zwischen Briand und Lloyd George und Lord Curzon erfahren haben will, handelte es sich um eine Unterhaltung, um zu wissen, in welchem Geiste man auf beiden Seiten zur Konferenz gehe. Diese kurze Aussprache habe gezeigt, daß die Konferenz sehr gute Ergebnisse zeitigen werde. Der Korrespondent hat von einer unerwarteten Persönlichkeit erfahren, daß man glaube, in der Entwertungfrage ohne die geringsten Schwierigkeiten ein Einverständnis zu erzielen. In der Reparationsfrage habe Lloyd George zu Briand erklärt, daß er nicht mit dem Entschluß komme, seinen Standpunkt über einen Pauschalbetrag durchzubringen. Nach dem „Matin“ soll Lord Curzon erklärt haben, daß die französische Regierung mit dieser Konferenz zufrieden sein könne. Das Blatt glaubt sogar, daß schon heute mittag zwei Fragen geregelt werden können, nämlich, welche Fristen man für die Auflösung der Einwohnerwehre bewilligen werde, und wie lange man noch die interalliierte Kontrollkommission in Deutschland unterhalten solle.

Oberschlesien und die preußischen Landtagswahlen.

Berlin, 24. Jan. In Oberschlesien ist immer noch das Gerücht verbreitet, daß die preußischen Landtagswahlen mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien verschoben werden sollen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die preußische Regierung gar nicht daran denke, die Landtagswahlen zu verschieben. Andererseits schlichten die Wahlen das Gerücht aus, das von Berlin aus auf eine Verzögerung der Abstimmung hingearbeitet werde. Auch daran ist kein wahres Wort.

Die Eisenbahner im Saargebiet verlangen die Marklöhne.

Saarbrücken, 23. Jan. Bei der Abstimmung der Eisenbahner im Saargebiet über die Einführung der Frankenwährung bei der Lohnzahlung wurden 435 Stimmen für die Franken und 11467 dagegen abgegeben. (Die Arbeiterschaft ist es also, die sich der Franzöisierung des Saargebiets am nachdrücklichsten widersetzt. D. Red.)

man durch die Macht der Tatsachen auf den schließlichen Sieg der Vernunft und auf den „Frieden der Herzlichkeit und der Moral“ hoffen, der in Briands Regierungserklärung auf dunklem Gegenwärtshimmel als helles Zukunftsbild erscheint.

Die Gewerkschaftszerstörer.

Vor einigen Tagen schrieb das kommunistische „Ruhredo“ in Essen: „Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten sozialdemokratischen Partei, dann der unabhängigen Partei, ist das bewusste Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.“ Die Kommunisten, die sich hier also ganz offen rühmen, die politische Arbeiterbewegung vernichtet zu haben, geben sich mit diesem „Erfolg“ nicht zufrieden; sie fühlen sich zu höheren Taten berufen. Ihr nächstes Ziel ist die Spaltung der Gewerkschaften. Ueber diese ihre „Arbeit“ ist hier bereits soviel gesagt, daß es nicht notwendig erscheint, erneut darauf einzugehen. Es genügt zu wissen, daß die Kommunisten bemüht die politische Arbeiterbewegung gespalten haben, daß sie ebenso bemüht die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung betreiben, und daß sie so wiederum bemüht die deutsche Arbeiterbewegung machtlos dem Kapital auszuliefern wollen.

Lange genug hat die deutsche Arbeiterschaft diesem verbrecherischen Treiben der Kommunisten, das besonders nach dem Parteitag von Halle an Umfang zunahm zusehen. Jetzt hat man sich endlich davon überzeugt, daß energische Maßnahmen notwendig sind, um die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften zu retten. Aus allen Städten des Reiches kommen Meldungen darüber, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Moskauer Zerkleinerungsarbeit auflehnen, daß sie ihre Organisationsführer zum energischen Kampf gegen die „Kellenbauer“ auffordern. Diese Bewegung hat bei den Zentralstellen lebhaften Widerhall gefunden. Bekannt ist die Entschließung des A. D. G. B. und des Beirates des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die

beide den Kommunisten, soweit sie zur Zerstörung der Gewerkschaften beitragen, mit dem Ausschluß drohen. Der Deutsche Bauarbeiterverband ist bereits zur Tat geschritten. Er hat seine Mitglieder Brandier, Hecker und Bachmann, den Vorstehenden des Chemnitzer Ortsvereins, aus den Mitgliedslisten gestrichen. Der Brief, in dem der Verband der Chemnitzer Ortsverwaltung den Ausschluß ihres Vorstehenden mitteilt, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und droht, alle jene auszuschließen, die sich wie die oben genannten Kommunisten an der Bildung einer Reichsfraktion innerhalb des Verbandes beteiligen. Auch der Chemnitzer Ortsverwaltung wird der Ausschluß angedroht, falls sie sich, wie bisher, mit Bachmann solidarisch erklären sollte. In dem Schreiben heißt es, daß der ausgeschlossene Bachmann keinen Anspruch auf Kündigung und daher auch nicht auf weitere Gehaltszahlungen hat, denn „er hat die Geschäfte des Verbandes nicht nach den Vereinsgrundsätzen geführt, sondern grüßlich gegen Treu und Glauben verstoßen“.

Den Kommunisten kommt diese Offensiv der Gewerkschaften und der Hierb, der ihnen vom Deutschen Bauarbeiterverband verfehrt wurde, natürlich sehr unlegen. In einem die ganze Seite der „Roten Fahne“ einnehmenden Aufruf wendet sich die Zentrale der D. R. F. D. gegen die „Gewerkschaftsbureaukratie“, die die deutschen Gewerkschaften „zum stärksten Eckpfeiler der Kriegspolizei der imperialistischen Bourgeoisie“ gemacht hat und nunmehr die Gewerkschaften spalten will, um wenigstens die Trümmer der mächtigsten Arbeiterorganisationen noch dem Unternehmertum weiter zur Verfügung zu halten.“ Dieser Aufruf, der offenbar von Brandier geschrieben wurde, — denn in einem Aufruf, bei er im Verein mit seinen aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossenen Kollegen an die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes richtet, finden wir dieselben Gedanken und dieselben Worte, — hat die Tendenz, die Gewerkschaftsbureaukraten antworten auf die Bemühungen der D. R. F. D. zwecks Einigung des Proletariats mit deren Ausschluß aus den Verbänden und treiben diese somit der Spaltung entgegen. Diese gemeine Lüge — der ganze Auf-

Die unabhängige Tragikomödie

die, wie wir bereits gestern berichteten auf dem Parteilag am Sonntag mit dem Zerfall der Danziger U. S. P. ihren Abschluss gefunden hat, wolle eine Reihe merkwürdiger und interessanter Einzelheiten auf, die teilweise einer besonderen Beleuchtung wert sind.

Die neuen Milchpreis-Verteuerungen. Über die Milchfrage haben gestern im Volkereiausschuss Verhandlungen statt. Professor Lehmann machte Mitteilung, daß der Unterausschuss sich einen eigenen Einblick in die Verhältnisse verschafft habe.

Die Zollabfertigung auf dem Danziger Hauptbahnhof. Es sind wiederholt Klagen laut geworden, daß die Art und Weise der Zollabfertigung auf dem hiesigen Hauptbahnhof nicht genügend den Anforderungen des Verkehrs Rechnung trage.

Der Höhe erstehen kann. Der größte Teil der Abfertigung bedingt sich daher auf wenige Minuten nach Öffnung der Zolltüre zu beschränken, was natürlich bei den beschriebenen Umständen zu unliebsamen Engpässen führen wird.

Verurteilung des Pustrowitschen Eltern wegen Mordes.

Vor dem Schöffengericht hatten sich die Eheleute Franziska und Viktor Pustrowitsch in Danzig wegen Mordes zu verantworten. Es handelte sich um das Raubmordgeld ihrer hingerichteten Kinder Hedwig und Bernhard Pustrowitsch, das dem ermordeten Robiella und der Herzog abgenommen wurde.

Als gestohlen angehalten sind 2 Paar neue schwarze Damenstulpe, die jedenfalls aus einem Diebstahl im Kaiserhafen herühren. Eigentümer können sich im Kriminalbureau melden.

Entdeckter Beberdieb. Im Kaiserhafen wurde der Arbeiter Paul Müller abgefaßt, als er das Tor zum Mittagessen passierte. Dem Sicherheitsbeamten kam Müller verdächtig vor, und zwar wegen seiner ungewöhnlichen Körpergröße.

mit dem „Wanderungsamt“ der Stadt Danzig (Sachgemäß 47) in Verbindung gesetzt haben.

Ein neues Verbrechen. Gestern gegen zwei Arbeiter, von denen der eine, der Arbeiter Georg Schöbe, Gäßergasse 17 wohnt, ermittelt worden ist. Einem fremden Mädchen, dem sie auf dem Bahnhof angetroffen und der sie um ein Rädchen halbes Pfund gegen 6 Uhr abends in die Weichmündchenhinterstraße, Ostweg 10, gegen 6 Uhr abends in die Weichmündchenhinterstraße, Ostweg 10, auf die Brust und forderte die Herausgabe des Geldes.

Polizeiberichte vom 26. Januar 1921. Gefunden: 1 Anwerf mit Lebensmittellisten für Pauline Kehr, 1 Paket Patronen, 1 Korallenhalbkette, abgehoben aus dem Hundsbureau des Polizeipräsidiums 1 Schm. Kleinfach mit gelbem Schloß, abgehoben von Herrn Polizeiwachmeister Frig. Wolanowskiweg 82, pt. 1 roter Damenschuh, abgehoben von Herrn Polizeiwachmeister Bergert, Bartholomäusstraße 4; 1 Alb. Halbfeder, abgehoben aus dem Geschäft von Hermann Thomas, Ruhlenmarkt 17; 1 eisernes Metallgeschloß mit der Aufschrift Magg's Zuppenartikel, abgehoben vom Polizeirevier Danzfuhr. — Besondere: 1 Schm. Handtasche, enthaltend ca. 15 Mk. leeres Geld und alle Lebensmittellisten, abzugeben im Hundsbureau des Polizeipräsidiums.

S. P. D. Parteinachrichten.

Frauenversammlung. Am Mittwoch, 26. Jan., um 7 1/2 Uhr findet in der Aula der Hülsschule, St. Geisgasse 111, eine Frauen-Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Referent des Abends: Gen. Dr. Ding. Alle Genossinnen müssen an der Versammlung teilnehmen.

Bestenfalls (sozialdemokratische) Versammlung in Odra. Unsere Danziger Parteimitglieder seien ebenfalls auf die heute, Dienstag, abend in der „Odbahn“-Odra stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in der Genosse Bohm über das Thema: „Ein Jahr freistattpolitisch“ sprechen wird.

Beirat Arbeiterjugend Danzig. Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Am Ewerndhaus 6, Ost, die Generalversammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, zur Versammlung zu erscheinen.

Standesamt vom 25. Januar 1920. Todesfälle: Kocher des Kavallerie Artur Wittenberg, tozgeb. — Invalide Karl Dobronski, 67 J. 7 M. — Frau Franziska Warking geb. Schulz, 83 J. 10 M. — Frau Florentine Zulauf geb. Reichmann, 58 J. 10 M. — Frau Antonia Golembiewski, 45 J. — Matrose Francois Hedwig, 20 J. 11 M. — Matrose Quelen Querna, 20 J. 8 M. — Matrose Louis Flambar, 19 J. 8 M. — Frau Meta Schmidt geb. Langfeld, 82 J. — Sohn des Arbeiters Friedrich Schwarz, 4 M. — Frau Auguste Schlitz geb. Bahr, 68 J. 1 M. — Sohn des Feiglers Max Kordel, 7 M. — Frau Gertraud Lube geb. Kochler, 51 J. — Unheil. 1 Tochter.

Letzte Nachrichten.

Annahme des Schiedspruches durch die Oblewischen Arbeiter.

Berlin, 22. Jan. (W. T. B.) Eine Versammlung der Oblewischen Arbeiter stimmte heute mittag mit sehr großer Mehrheit dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zu. Der Aktionsausschuss wird bei der Direktion anfragen, in welcher Weise sie die Eröffnung des Betriebes auszuführen gedenke.

Die Unzufriedenheit der Posener Polen.

Berlin, 24. Januar. Die Warschauer Zeitung „Gazeta Warszawska“ bestätigt, daß schwere Mißbilligungen zwischen den Posener Polen und den Kongreßpolen bestehen und daß mit, daß die Posener Bevölkerung besonders über die Beamten aus Kongreßpolen erbittert ist.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszahl 6 1/2 - 6 1/2) 7 1/2 - 7 1/2. (am Vorgabe 7 1/2) Dollar: 59

la trockenes Stubbenholz. Eiche, Kiefer gemischt, Zentner 15.- Mark. verkauft ab Lager. Wilh. Prillwitz, Am Triumphurm 7 (Wallplatz).

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher. Wasserstandsberichte am 25. Januar 1921. Tabelle mit Spalten: Ort, gestern, heute.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbillets Dr. Th. Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno G. G. in Döben. Druck und Verlag von J. G.

